

Runder Tisch der bürgerlichen Parteien Muri-Gümligen mit Fokus Ortsplanung



Die bürgerlichen Parteien Muri-Gümligen, SVP, FDP, Jungfreisinn und Die Mitte, luden erstmals zu einem gemeinsamen «Runden Tisch» ein, unter dem Motto «Gemeinsam Herausforderungen angehen».

Gemeinsamkeiten wurden von den Präsidenten der SVP, Hans Aeschbacher und der FDP, Johannes Matyassy erläutert.

Gemeinsamkeiten bestehen auch durch Beziehungen mit dem lokalen Gewerbe, Unternehmen, Investoren und Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde.

Die Stiftung Siloah bot sich als zukunftsgerichtetes, expandierendes Unternehmen aus dem Gesundheits- und Altersbereich als Gastgeber an.

Martin Gafner, Präsident der Stiftung Siloah und Präsident der Siloah AG, stellte am Anlass den Masterplan Siloah vor, welcher Bestandteil des Massnahmen-Paketes 5 der Ortsplanungsrevision ist.

Die zahlreichen Anwesenden waren sehr beeindruckt von den vielseitigen Angeboten und Dienstleistungen, in welchen die Siloah AG im Gesundheits- und Altersbereich tätig ist.

Mit dem Masterplan 2040 wagt die Siloah AG einen grossen Schritt in die Zukunft. Das geplante Bauvolumen ist beeindruckend und wird unser Ortsbild prägen und wichtiger Wirtschaftsfaktor sein, vor allem auch bezüglich Arbeitsplätze.

Thema Ortsplanung

Hans Aeschbacher erläuterte die Entwicklung der Ortsplanung nach den gescheiterten Ortsplanungsrevisionen. Sein Credo: Planungen in Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und Betroffenen gemeinsam erarbeiten.

Die **Zentrumsplanung Muri, (5Egg)** ist für den Präsidenten der Planungs- und Verkehrskommission ein gutes Beispiel. Obwohl die Gemeinde für die Zone den Eigentümern zwischen La Clairiere und Krone Auflagen im öffentlichen Interesse auferlegte, konnte eine tragfähige Planung zur Mitwirkung vorgelegt werden,

Weniger erfreulich verläuft die Entwicklung **Zentrumsplanung Gümligen, Lischenmoos**. Auf dieser grossen Fläche wurde ein Masterplan ohne genügenden Einbezug und Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Am Hochhaus scheiterte schliesslich diese Planungsphase, Das Projekt wurde neu aufgelegt, diesmal mit besserer Kommunikation und Mitwirkung der Betroffenen.

Das grosse Areal wurde auf drei Zonen aufgeteilt, um den unterschiedlichen Prioritäten gerecht zu werden. Entgegen dem Vorschlag der Planungskommission hielt der Gemeinderat im Teil West (offene Fläche westlich CS-Gebäude bis Dorfstrasse) an einer Zone mit Planungspflicht fest, obwohl durch die langfristigen Baurechtsverträge eine Planung für die nächsten Jahrzehnte unrealistisch ist. Die weitere Entwicklung ist somit unklar.

Revision Baureglement

Bauverwaltung, Planer unter Einbezug des Gemeinderates und der Planungskommission haben im Rahmen des MP5, (Massnahmenpaket 5), bedürfnisgerechte Anpassungen im Baureglement erarbeitet und die Vorlage dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

Die Links/Grüne/FORUM-Mehrheit im Gemeinderat hat das Gemeindebaureglement eigenmächtig zu einem Bauverhinderungsreglement abgeändert und in die Mitwirkung geschickt. Die Mitwirkungseingaben forderten Korrekturen der nicht praxistauglichen Artikel. Die Planungskommission legte dem Gemeinderat neu formulierte und umsetzbare Artikel vor.

Die Beispiele Lischenmoos und Baureglement zeigen das ordnungspolitische Unverständnis des Gemeinderats in seiner aktuellen Zusammensetzung deutlich auf.

«Qualitätssicherung» bei der Vergabe von Baurechten der Gemeinde

Mit einer Motion fordern nun Forum, Grüne und EVP den Gemeinderat zu «Qualitätssicherung» bei der Vergabe von Gemeindebaurechten auf. Diese Motion ist nicht zielführend, verlängert, verteuert und verunmöglicht z. B.

Wohnbaugenossenschaften die Realisierung von bezahlbarem Wohnungsbau.

Zudem fehlt dem Gemeinderat die Kompetenz zur Beurteilung der Qualität. Kosmoos ist das Beispiel dafür.

Fazit

Bürgerliche garantieren konstruktive Politik, ordnungspolitische Klarheit unter Berücksichtigung gesunder Finanzen

Änderung Gemeindenamen

Ausgehend von einem Vorschlag der SP soll Muri bei Bern künftig Muri-Gümligen heissen. Am 22. September 2024 stimmen wir darüber ab. Eine emotionale Frage, bei der es nicht richtig oder falsch gibt, sondern nur rote Köpfe. Die engagierte Diskussion bewies dies. Es zeigte sich aber auch, dass die Vorlage, bei genauem Hinschauen, eine Mogelpackung ist und vieles unklar bleibt. Vordergründig wird zwar nur die Gemeindeordnung angepasst, sonst bleibt alles beim Alten

(Stationsbeschriftungen, Ortsnamen, Postleitzahlen). Somit ist jetzt schon klar, dass mit jeder Garantie bei einer allfälligen Annahme der Namensänderung Folgeforderungen gestellt werden, mit den entsprechenden Auswirkungen, auch finanzieller Art. Es gibt sinnvollere Projekte und Massnahmen, um den Zusammenhalt zwischen den Einwohner/innen von Muri und Gümligen zu stärken. Es war denn auch nicht erstaunlich, dass sich bei der Konsultativabstimmung eine klare Mehrheit gegen eine Namensänderung und damit die SP-Mogelpackung aussprach.

Fazit

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und bürgerlichen Parteien Herausforderungen angehen.